

politisch erstrebte Verwandlung des Geldsparerers in einen Teilhaber am Industriekapital, dessen Ersparnisse vor jeder Inflation und Währungsreform sicher sind*.

In Deutschland gibt es bisher nur eine solche Anlagegesellschaft, die Investment GmbH in München. Aber auch sie konnte bisher noch nicht mit den steuerlichen Vergünstigungen arbeiten, die Neuburger in seinem Gesetz vorsieht: unter anderem Befreiung der Gesellschaften von Körperschafts-, Gewerbe-, Vermögens- und Börsenumsatzsteuer.

Weiter fordert Neuburger die Befreiung des Sparerers von der Wertpapiersteuer und von der Kapitalertragssteuer, die nur einmal bei der Gesellschaft erhoben werden soll. Diese Vergünstigungen sollen die Dividenden, die die Investment-Gesellschaften ausschütten können, noch weiter in die Höhe treiben und damit auch den Zinsertrag, den der Aktiensparer einstreichen kann.

Die Heimat des Investmentwesens sind die angelsächsischen Länder. Auch in der Schweiz, in Holland und in Frankreich hat es sich inzwischen eingebürgert, vor allem bei den Industriearbeitern.

In Amerika war es jedoch viel leichter, den kleinen Mann zum Aktiensparen zu bewegen, als das in der Bundesrepublik sein würde. Weniger weil in den USA der Kapitalist niemals so verpöndt gewesen ist wie im alten Europa seit Marx, sondern weil dort seit vielen Jahren gewiegte Public Relations Manager dabei sind, den Kleinverdienern die Angst vor der Aktie systematisch auszutreiben.

Amerikanische Aktienpapiere sind schon von wenigen Dollars ab aufwärts zu haben (in Deutschland bisher nicht unter 100 Mark, in der Regel sogar zum Nominalwert von 1000 Mark), und die amerikanischen Aktiengesellschaften binden ihre Aktionäre durch präzise Unterrichtung, Umfragen und durch Betriebsbesichtigungen und Gartenfeste für die Aktionärskinder eng an das Unternehmen. Sie lassen die Aktionäre an wichtigen Entscheidungen unmittelbar, nämlich durch Stimmabgabe, beteiligen.

In Deutschland besorgen das für den Durchschnittsaktionär die Banken, in deren Tresoren die Aktien zur Aufbewahrung liegen. Und auch sie vertreten den Kleinaktionär nur nach den Paragraphen des NS-Aktiengesetzes von 1937, in denen die Befugnisse der Aktionäre scharf beschnitten wurden.

Außerdem stehen die großen westdeutschen Aktiengesellschaften etwa zur Hälfte direkt oder indirekt unter dem Finanzeinfluß der öffentlichen Hand. Die meisten kleinen Aktiengesellschaften aber gehören praktisch den Mehrheitsaktionären. Das Streben nach dem 51-Prozent-Paket ist hier Trumpf. Träger dieses Strebens sind fast immer selbst wieder Aktiengesellschaften.

Der Dschungel der Besitzverflechtung unter den deutschen Aktiengesellschaften ist undurchdringlich. Amerika dagegen ist das Land der Kleinaktionäre. Aktienbesitz der öffentlichen Hand gibt es so gut wie gar nicht.

Ihren Wirtschaftsverband beziehen die US-Kleinaktionäre, die in der Mehrzahl Frauen sind, aus den „Shareholder Relations“, den ausführlichen Jahresberichten der Firmen, und aus den Mitteilungen der Riesen-Aktionärsorganisationen, deren Mitglieder das Aktiensparen längst als Sport betreiben.

Der Kampf, den beispielsweise Wilma Soss, Leiterin einer großen Organisation

* Am 20. Juni 1948 wurden die Geldsparkonten 100:6,5, die Aktien im Durchschnitt jedoch nur 100:97 abgewertet.

von Frauenaktionären, im Namen ihrer kleinkapitalistischen Anhängerinnen in den Hauptversammlungen der AGs führt, gilt der Selbstherrlichkeit des Management. Sie erzwingt das Mitspracherecht ihrer Aktionäre. Da werden von Wilma Soss Gehälter beschnitten, Tantiemen begrenzt und wichtige wirtschaftliche Entscheidungen mit beeinflusst.

Diese Organisationen haben in den USA gerade nach dem Kriege einen mächtigen Aufschwung des Kapitalsparens herbeigeführt. Von den 6,5 Millionen amerikanischen Aktieninhabern haben 1,3 Millionen während der letzten drei Jahre zum erstenmal ein Papier gekauft. Durch den Verkauf von Aktien gegen Ratenzahlung (SPIEGEL 22/1953), den sich auch die Investmentfirmen zunutze machen, werden in Amerika immer größere Bevölkerungskreise als Wertpapierkäufer erschlossen.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Artur Stegner propagiert für Deutschland einen

würde, wenn man sie zum Kauf von Aktien der eigenen Firma an die Belegschaft auszahlt, einen größeren sozialen Effekt haben als die bisherige Verwendung.

Beide Vorschläge haben letzten Endes das gleiche Ziel: die unbedingt notwendige Belebung des Kapitalmarktes.

KONFESSIONS-STREIT

Aus einem Napf

Bundeskanzler Dr. h. c. Konrad Adenauer hat es so gewünscht: Der Ministerialdirektor Dr. Globke vom Bonner Bundeskanzleramt hat sein — besonders in bayerischen Gesprächen geschultes — Verhandlungsgeschick erneut erproben müssen, diesmal in einer Unterredung mit dem Würzburger Bischof Dr. Julius Döpfner.



Der Ochsenfurter Zwischenfall: Bischof Julius und Hopferstädter Reiter

ähnlichen Aufklärungs- und Werbefeldzug. Er fordert Abendkurse, Vortragsreisen und Lehrschriften, wie ihn in den Vereinigten Staaten die Federation of Women Shareholders, die Gruppen der D. und J. Gilbert, die Banken und die Investment-Gesellschaften seit langem führen.

Aber Stegner will nicht nur, wie August Neuburger, das Kapitalsparen an sich fördern. Er will die direkte, auf das eigene Werk bezogene Arbeitnehmer-Aktie und damit das Miteigentum an der Drehbank, an der Gußform und an der Schreibmaschine, mit denen die Belegschaftsmitglieder täglich umgehen.

Woher ein Teil der Finanzierung dieser Kapitalsparaktion kommen könnte, rechnet Stegner in seinem neuen Buch „Die Überwindung des Kollektivismus“ vor.

In den Jahren 1948 bis 1950 überstiegen bei 25 repräsentativen Unternehmen in Westdeutschland die freiwilligen sozialen Aufwendungen die Summe der ausgeschütteten Dividenden im Durchschnitt um 131 Prozent. Die Klöckner-Werke beispielsweise steckten während 25 Jahren 100 Millionen Mark in freiwillige Sozialleistungen bei einem Stammkapital von 105 Millionen.

Artur Stegner meint, ein großer Teil dieser Gelder, die ja neben den sozialen Pflichtleistungen aufgewendet werden,

Durch die Mission des Bonner Reisenden ist dem „Ochsenfurter Zwischenfall“ endgültig die politische Wirkung bestätigt worden. Der Zwischenfall hat Aufsehen erregt und gilt als bisher jüngster Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses der beiden christlichen Konfessionen südlich des Mains.

Dieser Zwischenfall bahnte sich während der getrennten Festgottesdienste beider christlicher Konfessionen an, mit denen der feierliche Einweihungssonntag der neuen Ochsenfurter Zuckerfabrik am 28. Juni eingeleitet wurde.

Gegen Ende des protestantischen Gottesdienstes war vom katholischen Pfarramt des kleinen Mainstädtchens beim evangelischen Amtsbruder telephonisch angefragt worden: ob denn der evangelische Kreisdekan Schwim, der aus Würzburg herübergekommen war und der diesen Festgottesdienst abhielt, anschließend auch im Talar zur Zuckerfabrik kommen und dort ebenfalls eine kirchliche Weihe abhalten wolle? Die Frau des Stadtpfarrers Kipfmüller, die dieses Gespräch entgegennahm, bejaht das nach bestem Wissen und Gewissen.

Daraufhin wird in der katholischen Kirche der einzige katholische Direktor der Zuckerfabrik, Dr. Hollick, der dem Gottesdienst beiwohnt, in die Sakristei

gerufen. Von dort geht Dr. Hollick — wie man gesehen haben will, mit bedrückter Miene — zur evangelischen Kirche. Er teilt den mittlerweile im Pfarrhaus versammelten geistlichen Herren mit, Se. Exzellenz Bischof Dr. Julius Döpfner von Würzburg weigere sich, die katholische Weihehandlung in der Zuckerfabrik vorzunehmen, wenn dort ein zweiter Weiheakt einer anderen Konfession erfolge.

Direktor Hollick übermittelte dem evangelischen Kreisdekan Schwinn, auf den dieser Bescheid gemünzt war, noch den Vorschlag, Schwinn möge ohne Talar zum Weiheort gehen und dort eine weltliche Ansprache halten. Aber der Dekan hatte sich da schon entschlossen, gemeinsam mit seinen anderen Geistlichen der Veranstaltung überhaupt fernzubleiben. Mit diesem Bescheid macht sich der Zuckerfabrik-Direktor Dr. Hollick wieder auf den Rückweg.

Währenddessen hat vor dem evangelischen Pfarrhaus die Reitereskorte aus Gnodstadt allmählich Mühe, die Pferde ruhig zu halten. Die Gnodstädter nämlich, aus einem vorwiegend evangelischen Ort des gemischt-konfessionellen Unterfrankens stammend, wollten hoch zu Roß die Kutsche ihrer evangelischen Geistlichkeit zum Festplatz an der Zuckerfabrik geleiten. Die ländlichen Reiter aus dem katholischen Frankendorf Hopferstadt, die vor dem katholischen Pfarrhaus ihre Pferde bewegen, hatten das gleiche mit ihrem Bischof Julius geplant.

Es bleibt nicht aus, daß der ganze offensichtlich unvorhergesehene Ablauf der Ereignisse die Unruhe der evangelischen Reiter steigert. Der Besuch des Direktors Hollick hat zudem eine unbestimmte Erregung im Pfarrhaus hinterlassen. Der Zeitpunkt für den Beginn der Weihehandlung rückt immer näher, ohne daß die protestantischen Geistlichen Anstalten zur Abfahrt machen.

Das Aufklärungsbedürfnis der evangelischen Reiter wird nun weder durch den Stadtpfarrer Kipfmüller noch durch eine andere unterrichtete Person gestillt. So lassen die Gnodstädter schließlich ihren Pferden freien Lauf und sprengen im gestreckten Galopp durch die Straßen des alten Frankenstädtchens, über den Festplatz und zur Fabrik. Durch derartige im Programm nicht vorgesehene Reiterspiele und Attacken wird die Erregung natürlich auf weitere Festgäste übertragen.

Immerhin erfahren die evangelischen Reiter im Festgelände den Anlaß der jähen Programmänderung. Sie machen auf der Hinterhand kehrt und kommen gerade rechtzeitig, um die Anfahrt des Würzburger Bischofs zu erleben, der von seinen Hopferstädter Reitern umgeben ist. Der Gnodstädter Beritt kann nur mit Mühe davor bewahrt werden, die andersgläubige Reiterschar zu zersprengen und damit dem festlichen Zug ein ebenso mittelalterliches wie verheerendes Gepräge zu geben.

Die protestantischen Reiter machen ihrem Ärger durch laute „Pfui“-Rufe Luft, in die sich sogar einzelne „Pfui-Teufel“ mischen. Alles in allem: der Friede des Weihetages ist dahin.

Bischof Julius nahm dann die katholische Weihehandlung in der riesigen Werkhalle vor Tausenden von Landwirten vor. Ein großer Teil der Ökonomen — eben die evangelischen Zuckerrübenanbauer — wartete darauf, daß sich die evangelische Weihehandlung anschließen werde.

Überdies hatte die Direktion des neuen Werkes für den Hausgebrauch der zahlreich erschienenen Journalisten die üblichen Waschzettel verteilen lassen, deren Angaben den Ereignissen vorausgeeilt waren. Es hieß da: „Am 28. Juni 1953 weihten in Ochsenfurt Se. Exzellenz Bischof Dr.



I, wann Sie wäre, meine Herren
I tät nix schreiben: Minister Schlögl

Julius Döpfner und Dekan Lic. Schwinn die neuerrichtete Zuckerfabrik ... eine Gemeinschaftsleistung der süddeutschen Zuckerwirtschaft ...

Bei dieser Gemeinschaftsleistung allein der Zuckerwirtschaft war es für diesen Tag geblieben. In der Mittagspause dieses Sonntags, den Bayerns Landwirtschaftsminister Dr. Alois Schlögl als „ein Volksfest von Industrie und Landwirtschaft“ gefeiert hatte, setzten sich darum die Vertreter des Bauernverbandes mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern zusammen und berieten, wie ein Übergreifen der Erregung und Spannung des Vormittags auf die Nachmittagsveranstaltungen zu verhindern sei.

Indes, das war nicht einfach. Kaum war nämlich der agrarpolitische Teil dieses Nachmittags mit Ausführungen des Münch-

ner Staatsministers Dr. Alois Schlögl und des Bonner Staatssekretärs Dr. Sonnemann beendet, da betrat der bayerische FDP-Landtagsabgeordnete Ernst Falk, 39, Bauer und Bürgermeister aus Unterkelsheim im Landkreis Uffenheim, das strapazierte Rednerpodium.

Er schilderte den Verlauf des Zwischenfalls vom Vormittag allen Versammelten, forderte konfessionelle Gleichberechtigung und fragte seine 8000 Zuhörer: „Ist es denn schon wieder so weit, daß wir evangelische Christen Menschen zweiter Klasse sind?“

Nicht nur Falks Rede, sondern auch die tumultartigen Szenen, die sich anschlossen, sowie die Protestrufe gegen das Verhalten des Bischofs wurden nun — wie die gesamten Tagesereignisse vorher — über die Lautsprecheranlage zum Festplatz übertragen. So bekamen auch die Außenstehenden auf dem Werksgelände und an der Marktbreiter Straße ein getreues Hörbild des Tagesausklangs.

Die ersten Protestkundgebungen der evangelischen Bauern Unterfrankens wurden angekündigt. Den in der Kantine versammelten Pressevertretern erläuterte Landwirtschaftsminister Alois Schlögl, der mittlerweile vom katholischen Pfarramt aus dem Würzburger Ordinariat telephonierte, den ganzen Vorfall als „Regiefehler“ mit der beherzigenswerten Schlußfolgerung: „I, wann Sie wäre, meine Herren, i tät gar nix schreib'n über des.“

Am nächsten Tag setzt die Flut der Erklärungen und Stellungnahmen ein. Am Dienstag ist dem katholischen „Fränkischen Volksblatt“ die Darstellung des katholischen Pfarramts Ochsenfurt zu entnehmen. Es heißt da, der Bischof Julius habe auf Grund der Mitteilung, daß auch der „evangelische Herr Kreisdekan nach der bischöflichen Einweihung der Zuckerfabrik in Funktion treten und ein Gebet sprechen werde“, erklärt, „daß er in diesem Falle die Einweihung dem Herrn Dekan Dr. Gengler (katholisch) übertragen und unmittelbar nach dem Gottesdienst zum Landjugendtag auf dem Kreuzberg weiterfahren werde.“

Von der Beauftragung des katholischen Dekans Dr. Gengler wußte nun wieder das evangelisch-lutherische Dekanat in seiner Erklärung nichts. Es schrieb nur, am Morgen „erschien ein Direktor der Zuckerfabrik, der in Bestürzung mitteilte, der Bischof habe erklärt, sich am Festakt nicht beteiligen zu können, wenn ein evangeli-

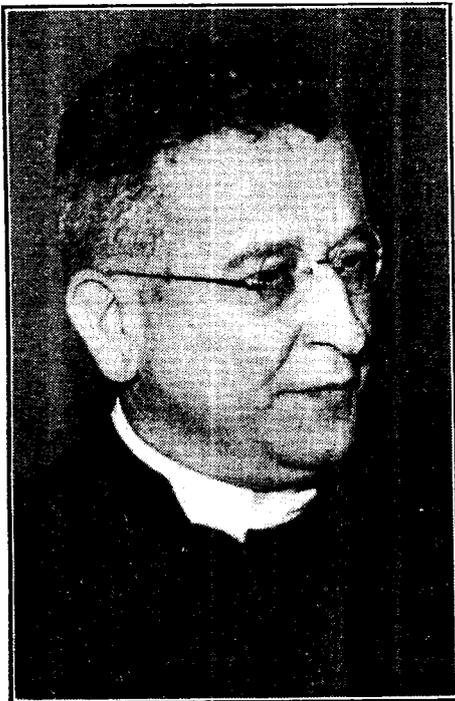


Geh', mach' kei' Sprüch: Volksverbundener Bischof Julius

scher Weihakt erfolge.“ Außerdem sei schon vor ungefähr 14 Tagen festgelegt worden, „daß nach dem katholischen Weihakt durch Bischof Döpfner ein evangelischer Weihakt durch den Würzburger Dekan stattfinden solle . . . Diese Lösung erschien schon deswegen als die einzig richtige, weil 80 Prozent der Direktion und mindestens 50 Prozent der an der Zuckerfabrik Beteiligten evangelischer Konfession sein sollen.“

Das bischöfliche Ordinariat berief sich natürlich auch auf Zahlen der konfessionellen Zusammensetzung — allerdings unter Bezug auf die überwiegend katholische Gemeinde Ochsenfurt.

Den evangelischen Hinweis, die Weihe der Staatlichen Schweinemastzuchtanstalt in Schwarzenau beispielsweise sei auch von beiden Konfessionen gemeinsam vorgenommen worden, konterte das Ordinariat



Die Eskorte mußte warten
Abreise: Evangelischer Dekan Schwinn

mit der Feststellung, davon habe der Bischof nichts gewußt.

Es griff dann die grundsätzliche kirchenrechtliche Seite des Vorfalles auf und sagte entschieden:

● „Die kirchliche Weihe ist eine gottesdienstliche Handlung, nicht ein religiös gefärbter Akt der Höflichkeit. Daher lehnt die katholische Kirche gemeinsame Gottesdienste mit anderen Konfessionen ab. Aus diesem Grunde wird in der Diözese Würzburg folgende Linie eingehalten: Öffentliche Weiheakte nimmt jeweils der Geistliche der Konfession vor, die dem Ort das religiös-kirchliche Gepräge gibt; d. h. also in überwiegend katholischen Orten der katholische Geistliche, in protestantischen Orten der protestantische. Der Vertreter der anderen Konfession nimmt keine religiösen Handlungen vor, wird sich aber gegebenenfalls der Reihe der Redner anschließen.“

● „Der Zwischenfall wäre vermieden worden, wenn der Bischof rechtzeitig verständigt worden wäre, daß außer seiner Weihehandlung auch noch ein Akt der evangelischen Konfession vorgesehen sei.“

● „Das Vorgehen des Bischofs kann ehrlicherweise nicht als Unduldsamkeit ausgelegt werden. Das große Anliegen der Christenheit, die Einheit aller Gläubigen, ist vom Bischof von Würzburg bei zahlreichen Anlässen mit liebevollem Verstehen für die getrennten Brüder als ein Herzensanliegen hervorgehoben worden. Aber die Tragik der Glaubenspaltung wird nicht überwunden durch die Verwischung der tiefen Unterschiede, sondern durch gemeinsames Mühen aus verantwortungsvollem Gewissen.“

Was sich weiter an zahl- und umfangreichen Erklärungen anschloß, verriet neben dem Bemühen um peinliche Akribie der Darstellung noch das Bestreben, die unterschiedlichen Versionen, die sich mittlerweile entwickelt haben, mit entsprechenden Einzelheiten zu unterbauen. Die Vorgänge selbst sind dadurch für den Laien nicht klarer geworden.

Klar war nur dies: Die Frage nach der Parität beider Konfessionen war in Bayern wieder einmal aufgebrochen.

Es war unumgänglich, daß sich zunächst Bayerns CSU mit diesem Vorfall würde beschäftigen müssen, nicht nur, weil ihr Bundestagsabgeordneter Friedrich Bauer-eisen (evangelisch) aus Ehingen im Kreis Dinkelsbühl noch auf dem Ochsenfurter Festplatz seine Intervention beim Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft der CSU angekündigt hatte.

Hier stand für die Partei, die das Wort „christlich“ in ihrem Namen führt, die Frage zur Debatte: Müssen angesichts der schnellen politischen Reaktion des FDP-Abgeordneten Falk auf dieses konfessionelle Zerwürfnis etwa CSU-Mandatsverluste bei der Bundestagswahl befürchtet werden? Ist die Aufstellung einer größeren Anzahl evangelischer Bundestagskandidaten als Konsequenz dieser unvorhergesehenen Erregung der fränkischen evangelischen Wähler angezeigt?

Diese Frage war um so brennender für die CSU, als MdB Franz-Josef Strauß in seiner Eigenschaft als stellvertretender Landesvorsitzender schon aus anderem Anlaß, aber aus ähnlichen Gründen per Rundschreiben seine Kreis- und Bezirksvorsitzenden am 3. Juli angewiesen hatte, bis zum 10. Juli keine Kandidatenaufstellung für die Bundestagswahl mehr vorzunehmen.

Bis zum 10. Juli nämlich hoffte Strauß, die Schwierigkeiten ausräumen zu können, die dadurch entstanden waren, daß der katholische Bundesernährungsminister Dr. Wilhelm Niklas, von dem man annahm, er habe bereits aus Gesundheitsgründen auf eine Wiederwahl im Bundestag verzichtet, seine Parteifreunde mit der Äußerung überraschte, er wolle erneut im Wahlkreis Donauwörth kandidieren.

Für Donauwörth hatte aber die CSU, um den laufenden Klagen protestantischer Kreise über mangelnde parlamentarische Vertretung Rechnung zu tragen, gerade einen prominenten Protestanten als Kandidaten auserwählt. Ein Entschluß, der starken evangelischen Beifall gefunden hatte, weil der Wahlkreis Donauwörth mit den vorwiegend protestantischen Städten Donauwörth und Nördlingen als sicherer CSU-Wahlkreis gilt.

Nun kam die Ochsenfurter Panne, und aus den Schwierigkeiten mit Niklas wuchs eine unverhüllte Empörung. Sie griff auf den überwiegend evangelischen Wahlkreis Weißenburg über, von wo die protestantischen Vertrauensleute ihre CSU-Landesleitung bereits wissen ließen, daß sie der erneuten Nominierung des MdB Richard Stücklen — der sich im jetzigen Bundestag als katholischer Sozialpolitiker einen

Ein Hauptproblem in unserer Zeit

Wissenschaftler und Ärzte geben Rat

Wenn der Mensch von heute etwas erkannt hat, dann dies: Wertvolles Gut ist nicht Geld oder Besitz, sondern die Gesundheit. Und wenn er ein Opfer bringen soll, dann bringt er es zuerst für seine Gesundheit.

Der Erfolg bleibt allerdings auch nicht aus. So ist beispielsweise das Durchschnittsalter des Menschen heute erheblich höher als noch vor zwanzig oder vierzig Jahren.

Neben der besseren Hygiene ist dies wohl in erster Linie der Aufklärungsarbeit der Ernährungswissenschaftler zu danken, die für eine natürliche Ernährung eintreten.

Trotzdem — die Zahl der Kranken ist noch erschreckend hoch. Und viele Menschen wissen gar nicht, daß sie krank sind oder auf dem besten Wege dazu.

Natürliche Ernährungsweise hilft. Und vorbeugen ist besser als heilen. Bekannte Ernährungswissenschaftler weisen besonders auf den Ur- und Kraftquell der Natur hin, auf die Milch und auf Milcherzeugnisse.

Unter den Milcherzeugnissen nimmt der Velveta-Käse des Hauses Kraft eine beachtliche Stellung ein. Bekannte Forscher, wie Prof. Heupke, Prof. Stepp und viele andere, bringen in ihren Gutachten die besonderen Vorzüge von Velveta-Käse für die Diätetik zum Ausdruck.

Diese Gutachten erhalten Sie kostenlos vom Kraft-Pressedienst Lindenberg im Allgäu.

Sie gehen bei ihren Urteilen von der Tatsache aus, daß es im Velveta-Käse zum ersten Male gelang, den Vollgehalt der Milch zu erhalten, also auch jene Wert- und Aufbau-stoffe, die normalerweise bei der Käseherstellung verlorengehen.

Grundlage des Velveta-Käse ist bester Chesterrahmkäse, den das Haus Kraft 1934 eigens für die Velveta-Produktion in Deutschland zur Fabrikation einfuhrte. Das Werk in Lindenberg arbeitet übrigens „unter den Augen der Öffentlichkeit“. Jedermann kann sich die modernen Anlagen ansehen.

Die Natur hat der Milch wertvolle, wichtige Aufbaustoffe mitgegeben. Der vollfette Velveta-Käse aus Chesterrahmkäse, frischer guter Markenbutter und den Aufbau- und Wertstoffen der frischen Vollmilch, ist deswegen für Gesunde und Kranke von besonderem Wert.

* Veröffentlicht vom Kraft-Pressedienst.

Namen gemacht hatte — zunächst einmal Widerstand entgegengesetzt werden.

Angesichts dieser Schwierigkeiten hielt zunächst Bayerns Ministerrat Ausschau nach einem weltlichen Verantwortlichen für Ochsenfurt. Und so kam es, daß sich Landwirtschaftsminister Schlögl schon am Dienstag nach dem Weihesonntag wegen der mangelhaften protokollarischen Vorbereitung des Festaktes einige Vorwürfe seiner Kabinetts-Kollegen anhören mußte.

Vor der CSU-Landtagsfraktion, die einen Tag später einen Sündenbock brauchte, erging es ihm nicht anders. Er konnte nur resigniert auf den Akt der Grundsteinlegung der Zuckerfabrik hinweisen, wo es mit beiden Konfessionen so gut geklappt hatte. (Bei dieser Grundsteinlegung hatte der evangelische Geistliche auf eine Weihehandlung verzichtet, „weil die Agenda der evangelischen Kirche eine Weihehandlung bei Grundsteinlegungen nur bei kirchlichen Gebäuden vorsieht“.)

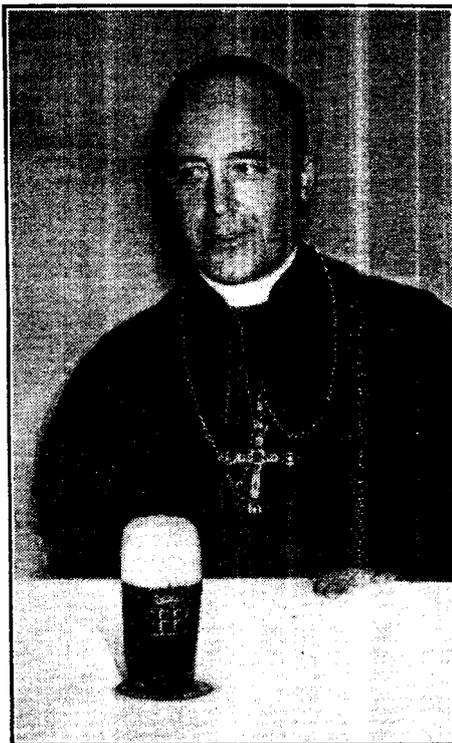
Dieser CSU-Fraktionssitzung war aber schon am frühen Morgen eine Besprechung des evangelischen Arbeitskreises in der CSU vorausgegangen, als deren Ergebnis nur die als forsch empfundenen Anfangsworte einer Stellungnahme zitiert werden: „Der Bischof von Würzburg . . .“

Ehe aber diese harten Worte evangelischer Empörung eine Chance hatten, ans Ohr der Öffentlichkeit zu dringen, hatte in Abwesenheit seines Ministerpräsidenten und CSU-Landesvorsitzenden Ehard schon der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Karl Schwend, eingegriffen und die Fraktion von den Vorzügen einer neuen Fassung überzeugt. In ihr heißt es ganz einfach, die Vorgänge in Ochsenfurt lägen ausschließlich im kirchlichen, nicht im politischen Raum.

Wer ist nun dieser Bischof von Würzburg, der im kirchlichen Raum derartiges Aufsehen erregte, daß die Auswirkungen im politischen Bereich unverkennbar sind?

Als nach dem Tode des alten Bischof Ehrenfried im Herbst 1948 der 34jährige Dr. Julius Döpfner in Würzburg Bischof wurde — er war damals der jüngste Bischof Europas — war das für Bayerns Öffentlichkeit eine Sensation. Von den Geistlichen seines Bistums waren allerdings keinem anderen Bewerber ernsthaft Chancen eingeräumt worden. Man wußte, eine Intervention des unterfränkischen Jesuitenpaters Ivo Zeiger — aus der Umgebung des Heiligen Vaters — hatte dafür gesorgt, daß der Dr. Döpfner, der ursprünglich auf den turnusmäßig alle drei Jahre hinterlegten Vorschlagslisten nicht enthalten gewesen war, vom Domkapitel in die nach dem Tode des Bischofs Ehrenfried zum Vatikan eingereichte Liste aufgenommen worden war.

Vier Jahre später wird sogar bei den Vermutungen um die Nachfolge des verstorbenen Münchner Kardinals Faulhaber immer wieder auch der Name des jungen Würzburger Bischofs Döpfner genannt, der wenige Kilometer von Faulhabers Geburts-



Germaniker wie Stepinac
Der Verbindung bewußt: Kardinal Wendel

ort entfernt, in Hausen bei Bad Kissingen — also in Unterfranken — (als viertes Kind kleiner Rhönbauern) geboren ist.

Diesen Unterfranken verleugnet der Bischof auch bei Besuchen in den Dörfern seines Bistums nicht. So, wenn er etwa einem Bürgermeister, der mitten in der Feierlichkeit seiner wohl präparierten Begrüßungsrede steckenbleibt, weitere Pein erspart mit dem erlösenden Satz: „Geh, mach' kei' Spruch' . . .“

Hieraus zu schließen, der Dr. Döpfner sei ein Mann der verbindlichen, ausgleichenden Diplomatie, die in Kirchenmännern nicht selten ihre besten Vertreter findet, wäre allerdings grundfalsch. Die Männer aus der nächsten Umgebung des Bischofs umschreiben den Grundzug seines Wesens so: „Er ist ein Mann, dem es gelingt, voll seine Würde zu wahren und dabei die Etikette zu verachten.“ Und als Erklärung: „Schau'n Sie doch nur seine Schrift an, darin ist gar nichts von Ausgleich und Diplomatie, das ist doch das Nüchternste, was denkbar ist.“

Mit dieser Nüchternheit verbindet sich eine Energie, die ihn über die Grenzen seines Bistums hinaus schnell zum Begriff werden ließ. Fast ständig ist er in den Dörfern unterwegs, spricht mit Bauern, mit Schulkindern, macht Krankenbesuche, sitzt am Sonntagnachmittag unerkannt in den hinteren Reihen einer kleinen Pfarr-

kirche und nimmt an der Andacht teil, erscheint überraschend in Sakristeien.

Er spricht in den Würzburger Straßen im schwarzen Rock ohne jedes Kennzeichen seines kirchlichen Amtes mit Bauarbeitern, spielt mit den Schülern des Miltenberger Kilianeums Faustball, geht als einfacher Kaplan inkognito im Herbst zum Klettern in die Südtiroler Dolomiten und macht erst am letzten Tag seinem Bischofskollegen in Brixen, der noch jünger ist als Döpfner, in Amtstracht einen offiziellen Besuch.

Die Russen hatten zur herbstlichen Firmungsfahrt in jene Teile von Döpfners Diözese, die jenseits des Eisernen Vorhangs liegen, wohl für ihn, nicht aber für seinen Fahrer und den Mercedes die Erlaubnis zum Grenzübertritt erteilt. Da hat er sich zwischen gelegentlichen Bahnfahrten in der „DDR“ mit Rucksack und Stock von Gemeinde zu Gemeinde allein auf den Marsch gemacht.

Daß diese Nüchternheit und Energie in Fragen des Glaubens und der Konfession zu einer Entschiedenheit führt, die abstoßend oder befremdend wirken kann, überrascht nicht. Seine Reden an die Jugend der Diözese sind voller Anspruch und Unerbittlichkeit im Grundsätzlichen, und wenn er gegen das zu Felde zieht, was mit den Worten seiner Kirche die Verführungen unserer Zeit genannt wird, dann ist auch der letzte Rest von Konzession und Toleranz aus seinen Worten getilgt: Er machte durch eine heftige Attacke gegen den modernen Tanz, besonders den Samba, von sich reden, und durch einen „Magazinkrieg“.

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, zu bedenken, daß der Würzburger Bischof Dr. Julius Döpfner Germaniker ist. Das heißt, er hat in Rom das Collegium Germanicum et Hungaricum absolviert*. Der Vater des Jesuitenordens, der Heilige Ignatius von Loyola, hatte die Gründung des Collegiums aus der Erkenntnis heraus angeregt, das Versagen des Katholizismus — wie er das Verhalten der Reformation gegenüber deutete — sei in erster Linie auf das Versagen der Bischöfe zur damaligen Zeit zurückzuführen.

Zur Vorbeugung gegen weitere Erscheinungen dieser Art und zur besonderen Ausbildung des Nachwuchses für den hohen Klerus in Deutschland gründete er also dieses Kolleg, dessen Tätigkeit nur zur Zeit des päpstlichen Verbots des Jesuitenordens kurz unterbrochen war.

Nicht minder bemerkenswert als die Tatsache, daß der Dr. Döpfner Germaniker ist, erscheint aber die weitere Tatsache, daß — mit einer Ausnahme — alle Bischöfe, die nach 1945 vom Vatikan für bayerische Bischofsstühle ernannt wurden, Germani-

* Germanicum gegründet 1552 durch Papst Julius III.; 1580 mit Collegium Hungaricum vereinigt. Die Alumnen studieren sieben Jahre Philosophie und Theologie an der Päpstlichen Gregorianischen Universität. Tracht: roter Talar mit schwarzem Zingulum. Das Collegium untersteht dem Jesuitenorden.

S E I T 1 8 7 1

DER GROSSE DEUTSCHE SEKT

Matheus Müller

SEKTKELLEREI · ELTVILLE/RH.

ker sind. So sind von den vier Bischöfen der bayerischen Kirchenprovinz Bamberg außer dem alten Erzbischof Joseph Kolb alle Germaniker. In Südbayern sind es Kardinal Dr. Josef Wendel von München-Freising und der Augsburger Weihbischof Monsignore Zimmermann, die das Collegium Germanicum absolviert haben.

Ganz abgesehen davon, daß aus dieser Regelmäßigkeit gewisse Schlüsse über die Personalpolitik der Kurie gezogen werden können, macht aber ein anderes Beispiel aus jüngster Zeit den „Korpsgeist“ und die Verbundenheit der Germaniker deutlich:

Als der Bischof von Speyer, Dr. Josef Wendel, zum Erzbischof von München-Freising berufen worden war und Erzbischof Wendel bald darauf als designierter Kardinal zur Verleihung des Purpur nach Rom reiste — wo er zur 400-Jahr-Feier des Collegium Germanicum den Festvortrag hielt —, konnte einer der neuernannten Kardinäle seinen Aufenthaltsort nicht verlassen: Aloysius Stepinac.

Entsprechend dem Namen des Collegium Germanicum et Hungaricum rekrutieren sich die jungen Kleriker, die an die Gründung des Heiligen Ignatius nach Rom berufen werden, aus den Ländern des alten Deutschland und Österreich-Ungarns. Und so kommt es, daß auch der Kardinal Stepinac Germaniker ist. Er ist sogar Kurskollege des Münchner Kardinals Wendel, der sich dieser Verbindung zu seinem verfolgten Freund ausgesprochen bewußt ist.

Nun war im Anfang dieses Sommers — in Erwidern eines Besuchs deutscher Journalisten in Jugoslawien — eine jugoslawische Journalistendelegation in Deutschland. Die Reise der Jugoslawen begann in Bayern, und da sie nicht nur Gäste des Deutschen Journalistenverbandes, sondern auch des Bundespresseamtes waren, war während ihres Münchner Aufenthaltes zunächst auch ein offizielles Essen mit Vertretern der Bayerischen Staatskanzlei vorgesehen.

Daß dies unterblieb, ist darauf zurückzuführen, daß man sich in Münchens Prinzregentenstraße gerade noch rechtzeitig der Freundschaft zwischen den Kardinälen Wendel und Stepinac erinnerte und sich entschloß, die Rücksichtnahme gegenüber dem höchsten Kirchenfürsten Bayerns über eine außenpolitische Höflichkeitspflicht zu stellen.

Ein Besuch des Staatlichen Hofbräuhauses am Platzl war der Ersatz für den offiziellen Akt, und hier war es Bayerns vegetarischer und sozialdemokratischer Finanzminister Friedrich Zietsch — keiner Religionsgemeinschaft zugehörig —, der als Hausherr des Hofbräuhauses den Jugoslawen bayerische Honneurs machen durfte.

Wer angesichts derart eindeutiger Taktbeweise das Verhältnis zwischen dem bayerischen Staat und den Konfessionen abzustechen versucht, der wird sich in bezug auf Bayerns Protestanten eines Wortes des evangelischen Landesbischofs Meiser erinnern müssen. Meiser hatte kürzlich Klage darüber geführt, daß der evangelische Volksteil, nach seiner Zahl und Bedeutung gemessen, in der Beteiligung an der politischen Führung des Landes benachteiligt werde. Vor dieser Folie betrachtet, werden die vielfältigen Schwierigkeiten sichtbar, die der Ochsenfurter Zwischenfall auszulösen vermag.

Wer diese vielfältigen Faktoren kennt, die auf das politische Klima Bayerns einwirken, der weiß auch, welche besondere Bedeutung es hatte, daß ausgerechnet ein Landtagsabgeordneter der Freien Demokraten in Ochsenfurt gegen die Weihebedingungen des Würzburger Bischofs pro-

testierte. Bayerns FDP, genauer: ihr Landesvorsitzender Bundesjustizminister Dr. Thomas Dehler; führt nämlich seit Wochen heftige Attacken gegen das Wiederaufleben des „politischen Katholizismus“, das nach des Dr. Dehlers Meinung aus den Worten des Bischofs Julius Döpfner gedeutet werden könne“.

Die letzte dieser Dehler-Attacken war genau fünf Tage vor dem Ochsenfurter Zwischenfall in den Würzburger „Hutten-Sälen“ abgerollt, während unweit der „Hutten-Säle“ zur gleichen Zeit der Pater Leppich gegen die „Staatsallmacht“ zu Felde zog.

Der Anlaß dieser fränkischen Kontroversen zwischen den Liberalen und dem

* Thomas Dehler am 27. Mai in Frankfurt: „Jesus Christus würde diesen Bischof mit zornfunkelnden Augen von der Kanzel gejagt haben.“

Bischof kann in des Dr. Döpfner Würzburger Silvesterpredigt 1952 nachgelesen werden, der ein Satz aus den Korintherbriefen zugrunde lag:

„Ich ermahne euch aber, liebe Brüder, durch den Namen unseres Herrn Jesus Christus, daß ihr allemal einerlei Rede führet und lasset nicht Spaltungen unter euch sein, sondern haltet fest aneinander in einem Sinne und in einerlei Meinung“

(1 Kor. 1,10.)

Im dritten Abschnitt der Predigt sind einige praktische Hinweise zur Erreichung dieser „Einheit der Katholiken“ enthalten:

„Steht zusammen in der Politik! Das kommende Jahr bringt wichtige politische Entscheidungen. Ich will nun nicht sprechen von unserer Verantwortung im öffentlichen Leben ... Heute nur ein Aufruf zur katholischen Geschlossenheit. Immer noch unterstützen Katholiken Parteien, die von



Anno 1869

Lächelnd nahm der Vice-König von Ägypten, sein Altesse le Khedive Ismail Pascha, die Einladung des jungen SIMON ARZT zu einem erfrischenden Mokka an. Impulsiv entschloß sich der Fürst zu diesem überraschenden Besuch, als er im Frühjahr 1869 die Hafenanlagen von Port Said besichtigte und sein General Ratis Pascha vor dem Neubau der SIMON ARZT Cigarettenfabrik stehen blieb. Der überglückliche Fabrikant verstand es, seinen hohen Gast fesseln zu unterhalten, während er mit geschickten Fingern immer neue Recepte mischte und die schnell gedrehten Cigaretten dem König darbot. Zug um Zug, Probe um Probe rauchte der Herr Ägyptens mit genußvollem Behagen und bestimmte die am meisten zusagende Mischung zu seiner Leibmarke. SIMON ARZT gab ihr den Namen „SULTAN“. Sie war die erste Cigarettenmarke, heute noch in der gleichen süßen und milden Feinheit von kultivierten Rauchern der ganzen Welt geraucht.

IBIS	10 Fig.
70 P Extra Fine	12 1/2 Fig.
SULTAN	15 Fig.
No. 70 L Large Size	20 Fig.



SIMON ARZT
Cigaretten
ÜBERALL IN DER WELT

der Kirche verurteilt sind oder denen wir doch kritisch gegenüberstehen müssen.

„Laßt mich ganz offen sprechen: Viele und vielerlei Worte hüllen heute über unser Volk dahin. Da gilt es, die Geister zu scheiden. Woran scheiden sich die Geister? Nicht an einem Wirtschaftssystem, nicht an einer Regierungsform, nicht an einem außenpolitischen Problem. Sie scheiden sich am Eckstein der Völker, an Christus.

„Jede Partei also, die gegen Christus steht oder Grundforderungen des christlichen Lebens mißachtet, muß von uns Katholiken abgelehnt werden.

„Ein Wort zur KPD: Die Kommunistische Partei bekennt sich zum Terror der russischen Gottlosigkeit. Sie ist gegen Christus, gegen den Glauben, gegen die Kirche. Darum ist es unmöglich, daß einer in der KPD und in der Kirche zugleich sei. Wer sie wählt, wählt gegen Christus. Wer sie unterstützt, direkt oder indirekt, unterstützt die Gottlosigkeit. Das ist Sünde.

„Ein Wort zur SPD: Wenn die SPD sich nicht lossagt vom theoretischen Materialismus, wenn sie in der Kulturpolitik, in Fragen der Bekenntnisschule, des Ehe- und Familienrechts auf anderen Lösungen besteht, als die Lehre Christi sie verlangt, kann sich ein Katholik nicht mit gutem Gewissen für diese Partei entscheiden.

„Ein Wort zur FDP: Wenn die FDP sich nicht lossagt von einem praktischen Materialismus, der das Reich Gottes nicht kennen will und nicht kennen kann, wenn sie in der Gesetzgebung die Forderungen Christi zugunsten treuer Ehen, kinder- gesegneter Familien und sozialer Befriedung bewußt mißachtet, wenn sie über die Forderungen der Kirche in der Schulfrage hinwegsieht, dann können und dürfen die Freunde Christi sich nicht für sie entscheiden.

„Ein Wort zur CSU/CDU: Von einer Partei, die sich christlich nennt, die sich also für Christus entschieden hat, müssen wir um der Wahrhaftigkeit willen verlangen, daß ihr Werk dem Wort ‚christlich‘ entspreche. Daraufhin müssen wir diese Partei prüfen, damit ihr Name nicht als eitler Schein mißbraucht werde. Dazu müssen wir sie drängen, damit ihre Praxis niemals den christlichen Idealismus enttäusche. Darin müssen wir ihr helfen, daß sie ihre ungeheuer schweren Aufgaben mit Gottes Hilfe erfüllen kann in Dorf und Stadt, in Bayern und Deutschland, in Europa und in der Völkergemeinschaft. Einig müssen wir sein — auch im politischen Raum — und die Kräfte zusammenhalten im Namen dessen, der gesagt hat: ‚Wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut!‘ So stehe das kommende Jahr im Zeichen kraftvoller politischer Geschlossenheit der Katholiken.“

Zur Förderung dieser kraftvollen Geschlossenheit der Katholiken des Bistums war in Würzburg inzwischen auch ein Werk entstanden, dessen Aufbau und Entwicklung ohne die Energie eines Dr. Döpfner in diesem Ausmaß nicht denkbar wäre. In der Silvesterpredigt konnte der Bischof auch noch feststellen:

„Was ich in der letzten Silvesterpredigt ankündigte, hat sich erfüllt. Die katholische Zeitung des Bistums ist gekommen, sie steht fest und entwickelt sich erfreulich weiter. Der schwere Start ist nur gelungen durch das treue Zusammenwirken von Bistumsvolk und Priesterschaft. Wir haben dafür außerhalb der Diözese manche anerkennende Bewunderung erfahren. Doch noch lange nicht alle Katholiken im Bistum wissen um ihre Verantwortung und verschancen sich hinter feilen Ausreden und Nörgeleien. Fördert die katholische Zeitung durch regelmäßigen

Bezug und durch Eure Geschäfts- und Familienanzeigen!“

So wie hier der Bischof, haben sich in Pfarrkirchen der Diözese seine Geistlichen für die Verbreitung des „Fränkischen Volksblatts“ eingesetzt, dessen Gründung nach der Darstellung, die im Würzburger „Echter-Verlag“ zu hören ist, auf eine Forderung der Katholischen Aktion des Bistums zurückgeht. Diese Forderung zur Schaffung einer katholischen Tageszeitung wurde erstmals im Spätherbst 1951 erhoben. Am 2. April 1952 erschien die erste Nummer, genau zehn Jahre nach Einstellung des früheren „Fränkischen Volksblatts“ im Dritten Reich.

Zwischen Forderung und Erscheinen lag 1951/52 zunächst eine Aktion zur Beschaffung des Anlaufkapitals, die das bei Zeitungsgründungen recht ungewöhnliche Sy-



Woran scheiden sich die Geister?
Ein Wort zur FDP: Bischof Julius

stem der Anteilscheine zur Grundlage hatte. Die katholische Bevölkerung des Bistums brachte also dieses Anlaufkapital in kleinsten Summen durch Kauf von Anteilsscheinen auf, und im „Echter-Verlag“ wird mit Stolz darauf hingewiesen, daß beim Start des Blattes ohne Probenummer schon mehr Bestellungen vorlagen, als das frühere „Fränkische Volksblatt“ je an Beziehern hatte.

Daß dieser stürmische Beginn nicht nur der spontanen Spendenfreudigkeit des katholischen Bevölkerungsteils zu verdanken ist, sagt schon der Hinweis auf die schwierigen Startversuche katholischer Tageszeitungen, die in anderen Gebieten Süddeutschlands nur mühsam gegen die

* Der katholische Würzburger „Echter-Verlag“, in dem das „Fränkische Volksblatt“ erscheint, ist nach dem Würzburger Bischof Julius Echter benannt. Bischof Julius Echter war ebenfalls Germaniker, er besuchte das Collegium bald nach dessen Gründung und wurde nach seiner Ernennung zum Bischof von Würzburg eine der stärksten Persönlichkeiten der Gegenreformation. Aus gleicher Bildung (Germaniker), gleichem Vornamen (Julius) und der Deutung des Ochsenfurter Zwischenfalls versuchten deshalb die Kritiker des Dr. Döpfner Parallelen zwischen dem Bestreben Bischof Echters und seinem Bestreben zu entdecken. Die zum „Echter-Verlag“ gehörige „Fränkische Gesellschaftsdruckerei“ wurde 1900 ebenfalls durch Stiftungen der Katholiken des Bistums aufgebaut.

Konkurrenz der eingeführten Blätter zu halten sind. „Es war bestimmt ein Vorzug, daß sich der Bischof sofort hinter diesen Ruf der katholischen Aktion gestellt hat“, sagen deshalb die verantwortlichen Männer der Zeitung. Das Blatt hat heute außer dem Chefredakteur noch feste Ressortchefs für Politik, Kultur, Sport, Provinz und Lokales, einen Chef vom Dienst und steht mit seinem Bonner Büro in Fernschreibverbindung.

Es gibt keinen Zweifel, daß diese Entwicklung von der eisernen Konsequenz und dem Willen des jungen Germanikers Döpfner getragen wurde, der auf dem Würzburger Bischofsstuhl sitzt und der selbst in den „Alltagsbeispielen“, mit denen er in seinen Predigten die Gedankenlosigkeit mancher Katholiken demonstriert, ein nimmermüder Werber seiner Zeitung* ist:

„Zu einem Geschäftsmann kommt nach der Elf-Uhr-Messe ein Jungmann der Pfarrei, um ihn für den Bezug der katholischen Tageszeitung zu gewinnen. ‚Wozu katholische Zeitung? Das hat doch mit Religion nichts zu tun?‘, ist die Antwort. Der Angesprochene hat also nicht den Eindruck, daß eine starke katholische Zeitung in dem Meinungsirrwarr der Zeit ein gemeinsames Anliegen der Katholiken sein sollte.“

Der Chefredakteur des „Fränkischen Volksblattes“, Dr. Max Rößler, ein gebürtiger Würzburger, ist einer der wenigen Geistlichen, die in Deutschland Chefredakteur einer Zeitung sind. Dr. Rößler, der Rechtswissenschaft studierte, bevor er Geistlicher wurde, ist ein Schüler des Würzburger Geheimrats Prof. Laforet.

Laforet wurde als Kandidat der CSU in Würzburg in den ersten Bundestag gewählt. Da der Prof. Laforet wegen seines Alters nicht mehr kandidieren wird, hatte der Dr. Rößler eine reelle Chance, als Laforets Nachfolger von der Würzburger CSU mit der Kandidatur betraut zu werden.

Daß der Ochsenfurter Zwischenfall auch für die Verwirklichung dieser Möglichkeit ein erstes Hindernis bedeuten könnte, wird von der CSU nicht bestritten. So hat das Ereignis, das der Dr. Rößler in einem Kommentar seiner Zeitung „Gewissensentscheide ernster Männer“ nennt, auch im allernächsten Raum seine politische Wirksamkeit bewiesen.

Die politischen Auswirkungen — mehr noch die kommenden als die im Rahmen der Partei schon verspürten — waren es denn auch, die den Bundeskanzler nach Intervention des Bundestagspräsidenten veranlaßten, seinen Ministerialdirektor Globke zu vertraulichem Gespräch nach Würzburg zu entsenden, einen Tag übrigens, ehe der protestantische Bischof Dibelius auf der Besucherliste des Palais Schaumburg stand.

Weder im Kirchenrechtlichen noch im Parteipolitischen aber ist ein Ausspruch begründet, der dem CSU-Bundestagsabgeordneten Strauß im Gespräch mit einem hohen Geistlichen zugeschrieben wird und der die laienhaften Empfindungen vieler Besucher in Ochsenfurt zusammenfassen dürfte:

„Ihr streitet euch solange um Protokollfragen, bis ihr im KZ wieder gemeinsam aus einem Blechnapf eßt.“

* Der Gesamtverband deutscher Zeitungsverleger hat sich auf seiner letzten Tagung in Hattenheim mit den Werbemethoden des Bischofs von Würzburg beschäftigt, der der Aschaffenburger Zeitung „Main-Echo“ wegen ihrer Berichterstattung über Ochsenfurt den schärfsten Kampf angesagt hat. Wenn auch in Hattenheim von einer Resolution abgesehen wurde, so beschlossen die Teilnehmer der Tagung doch, die Kanzeiwerbung des Bischofs und seine Auseinandersetzung mit den übrigen Zeitungen seiner Diözese aufmerksam im Auge zu behalten.